

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Axel Troost, Dr. Barbara Höll, Ulla Lötzer,
Dr. Herbert Schui und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 16/11650 –**

Jahreswirtschaftsbericht 2009 der Bundesregierung Konjunkturgerechte Wachstumspolitik

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund der im Jahreswirtschaftsbericht 2009 der Bundesregierung erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung wird die Bundesregierung aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die G20-Staaten per Gesetz oder Verordnung die folgenden Maßnahmen einleiten:

1. Alle privaten Finanzinstitute (inklusive Investmentbanken, Hypothekenbanken, Investment- und Pensionsfonds, Hedgefonds, Equity Trusts, Versicherungsgesellschaften et cetera) und alle marktgängigen Finanzinstrumente werden derselben Banken- und Finanzaufsicht unterstellt.
2. Die Banken- und Finanzaufsicht legt für alle Branchen der privaten Finanzinstitute Eigenkapitalminima fest.
3. Den Finanzinstituten werden jegliche Geschäfte außerhalb der eigenen Bilanz (und der Gewinn- und Verlustrechnung) verboten und unter Strafe gestellt.
4. Allen Finanzinstituten wird bei Strafe der Handel mit solchen Finanzderivaten und -zertifikaten verboten, die nicht an einer anerkannten Wertpapierbörse zugelassen und notiert sind.
5. Es wird allen Finanzinstituten bei Strafe verboten, per zukünftigem Termin Wertpapiere und Finanzinstrumente zu verkaufen, die sie zur Zeit des Verkaufes nicht zu Eigen besitzen. Damit wird die Spekulation auf fallende Kurse (Shortselling) erschwert.
6. Finanzanlagen und Finanzkredite zugunsten solcher Unternehmen und Personen werden bei Strafe verboten, die rechtlich in Steuer- und Aufsichtsosen registriert sind.

Berlin, den 20. Januar 2009

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Heute konzentrieren sich die Regierungen und Parlamente vieler Staaten darauf, einige Banken mithilfe umfangreicher Bürgschaften zu retten durch Übernahme ihrer notleidend gewordenen Aktiva und durch öffentlichen Ankauf neuer Aktien (sogenannte Verstaatlichung). Zugleich greifen Notenbanken in gleicher Weise ein. Dies ist in den meisten Fällen zweckmäßig, wenngleich es die Staatshaushalte in unerhörter Weise ins Defizit stürzt und wenngleich die unorthodoxe enorme Vermehrung der Geldmenge in Dollar und Sterling künftige Gefahren bedeutet. Dadurch allein wird aber das Vertrauen in die Funktionsicherheit der Finanzmärkte nicht wiederhergestellt und ebensowenig durch die vielen nationalen Konjunktur- und Investitionsprogramme.

Die vernetzte Weltwirtschaft kann aber wegen der Depressionsgefahr nicht noch Jahre auf die Gesundung der Finanzmärkte warten. Deshalb erscheint es zweckmäßig, dass die G20-Staaten die oben genannten besonders einschneidenden Schritte vorziehen.